Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1919

137 (14.6.1919)

Visual Library

№ 137 Samstag, den 14. Juni 1919 162. Jahrgang

Beilage zur Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft und die Verbraucher.

In einem in der „Frankf. Ztg." veröffentlichten Artikel schreibt Oberbürgermeister **Siegrist-Karlsruhe** zu diesem Thema unter anderem folgendes:

Die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft muß die Erzeugung und Verwendung dieser wichtigsten Naturschätze nach dem Gesichtspunkte des größtmöglichen wirtschaftlichen Nutzens für die **Allgemeinheit** regeln, die Kohle zum Nationalgut im besten Sinne machen. Wird nun dieser **Grundgedanke** durch das Reichskohlengesetz erfaßt und vor allem, wird er durch die zurzeit vom Reichswirtschaftsamt zu bearbeitende Organisation **erreicht** werden? Ernste **Zweifel** sind berechtigt.

Der § 2 des am 13. März von der Nationalversammlung verabschiedeten Reichskohlengesetzes überträgt die Leitung der Kohlenwirtschaft einem zu bildenden **Reichskohlenrat**. Seine Zusammensetzung soll der des Sachverständigenrats entsprechen, der das Reichswirtschaftsamt bei der Regelung der Organisation zu beraten hat. Dieser Sachverständigenrat besteht aus 50 Mitgliedern, nämlich je 15 Arbeitgebern und Arbeitnehmern (zusammen 30 Vertretern) des **Kohlenbergbaues**, je 2 Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des **Kohlenhandels**, 4 Mitgliedern aus dem Kreise der Sachverständigen im Kohlenbergbau, Kohlenforschung, Verkehrswesen und Dampfkesseltechnik. Nur die restlichen **10 Mitglieder** sind den verschiedenen **Verbraucherkreisen** entnommen, nämlich je 2 Arbeitgeber und Arbeitnehmer der kohlenverbrauchenden Industrie, je 2 dem Kleingewerbe und den Genossenschaften, je **einer** den städtischen und den ländlichen Kohlenverbrauchern.

Schon in dieser Liste tritt auffallend zutage, daß zwar die Interessen des Bergbaues in weitgehendem Maße gesichert sind, daß auch der Kohlenhandel eine angemessene Vertretung besitzt. Die an der Kohlenwirtschaft in erster Linie interessierten **Verbraucher** dagegen, kohlenverbrauchende Industrie, Kleingewerbe, Genossenschaften und die Millionen der übrigen städtischen und ländlichen Kohlenverbraucher erhalten zusammen 10 von 50 Stimmen. **Den geschlossenen Interessen der Erzeuger und auch des Handels steht also eine ganz auffallende Minderheit** von zersplitterten Stimmen der **Verbraucher** gegenüber. **Insbesondere sind die städtischen Hausbrandverbraucher, die die Massen des deutschen Volkes ausmachen, auf vereinzelte Stimmen angewiesen.**

Die Gesichtspunkte, nach denen der Reichskohlenrat handeln wird, werden natürlich von den Interessen seiner Mehrheit diktiert sein. Wie steht das Interessenverhältnis tatsächlich? An den Bedingungen für den Kohlen**verbrauch** ist das ganze Volk von 60 Millionen Männern und Frauen beteiligt, an den Bedingungen für den Bergbau neben den Zechenbesitzern kaum eine Million Bergarbeiter. . . .

Bedenken wir doch, daß im Preise jedes Verbrauchs- und Ausfuhrgegenstandes nicht nur der Kohlenpreis, sondern auch die rationelle Kohlenverbrauchswirtschaft in drei- und mehrfacher Form zum Ausdruck kommt. Zunächst und am augenfälligsten sind die Kohlenkosten in den Kraftkosten enthalten, dann in den Anlage- und Unterhaltungskosten, denn jeder Stein, jedes Kilogramm Eisen und jeder Liter Schmieröl enthält wieder die Kohlenpreise als wesentlichen Teil der Entstehungskosten. Ganz besonders aber müssen die Kohlenkosten durch ihre Bedeutung für den Lebensunterhalt des Arbeiters auf die Höhe der Löhne einwirken, in denen sie als Heizmittel, Leuchtmittel und in allen Bekleidungs- und Verbrauchsmitteln wieder anteilig enthalten sind.

Werden uns nun die Kohlenproduktionsinteressenten, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, diesem wirtschaftlichen Ruin ausliefern oder können wir das Vertrauen haben, daß im Reichskohlenrat das volkswirtschaftliche Interesse über dem zechenwirtschaftlichen steht, daß das Interesse der vielfachen Mehrheit der Verbraucher berücksichtigt wird trotz der zahlenmäßigen Minderheit ihrer Stimmen?

Die Spuren warnen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind in ihren Stimmen sorgfältig gleichgestellt worden. Mindestens mit dem gleichen Recht wie die Bergarbeiter gegenüber den Zechenbesitzern können und müssen aber die Millionen der Verbraucher zum allerwenigsten die Gleichberechtigung ihrer Interessen mit denen der Produzenten und des Handels beanspruchen.

Sind nun diese Beschlüsse des Sachverständigenrats das Ende der Entwicklung und einem Gesetze gleich? Der § 4 des Reichskohlengesetzes bestimmt, daß die Reichsregierung nach Anhörung des Sachverständigenrats die Regelung der Kohlenwirtschaft vorzuschlagen hat. Die zu erlassenden Vorschriften bedürfen der vorherigen Zustimmung eines 28gliedrigen Ausschusses der Nationalversammlung und die erlassenen Vorschläge sind der Nationalversammlung vorzulegen, die innerhalb eines Monats die Außerkraftsetzung fordern kann. Außerdem unterliegen die Bestimmungen der Billigung des Staatenausschusses.

Danach ist es also noch möglich, die Kohlenwirtschaft nach nationalwirtschaftlichen und nicht nach bergfiskalischen und Bergarbeiterinteressen allein zu regeln: Wenn nämlich die Nationalversammlung und zuvörderst ihre 28gliedrige Kommission sowie der Staatenausschuß ihre Augen öffnen und die Gefahren des jetzigen Plans noch rechtzeitig erkennen. Nach dem Reichskohlengesetz wird der **Reichskohlenrat** allein und souverän zu bestimmen haben, zu welchem **Preis** und in welcher Qualität die städtischen **Gaswerke** die Kohlen erhalten und er wird — das dürfte das Groteskeste sein — auch über das Verhältnis von Gaskokspreis zu Zechenkokspreis bestimmen, ohne daß das Reichsgaskokssyndikat, das die Gasanstalten zwangsweise zusammenfaßt, oder die Gaswerke selbst auch nur **einen** Vertreter im Reichskohlenamt haben. Der Verfasser zeigt dann, wie die Verschlechterung und Verteuerung der Kohlen schon während der Kriegszeit auf die Wirtschaftlichkeit der Gaswerke gewirkt hat.

Die Kohlenpreise haben sich etwa verdreifacht, während der Wert der Nebenerzeugnisse nur auf das Doppelte gestiegen ist, so daß der Nettokohlenpreis Anfang 1919 auf das 7- bis 8fache des Friedenssatzes emporgeschnellt war.

Der Artikel schließt:

Nach den Erfahrungen im Sachverständigenrat muß jeder Zweifel daran, ob das allgemeine Volksinteresse bei einem gleich ihm zusammengesetzten Reichskohlenrat in guten Händen ist, berechtigt erscheinen. An Stelle des blinden Vertrauens zu der Vorarbeit des Reichswirtschaftsministeriums, das offenbar nur die grobsichtige Seite der Sozialisierung des Bergbaues berücksichtigt hat, muß eine ernste Prüfung treten, ob und wie die weit überwiegenden Interessen der 59 Millionen Verbraucher gegen die der einen Million Zechenbesitzer und Bergarbeiter geschützt werden können. Die Vertreter des Allgemeininteresses, in erster Linie die Reichsregierung, dann die Nationalversammlung und er Staatenausschuß sind berufen, nicht nur den Reichskohlenrat in einer den Schutz der Verbraucherinteressen gewährleistenden Art zusammenzusetzen, sondern ihm auch die dafür unerläßlichen Richtlinien zu geben. Eile tut not, denn schon Ende Juni soll die Organisation der Reichskohlenwirtschaft beendet sein. Möge das deutsche Volk und seine Nationalversammlung noch rechtzeitig erkennen, wie das Reichskohlengesetz auf dem Wege ist, ein Machtmonopol schlimmster und gefährlichster Art ins Leben zu rufen."

Hötzendorff gegen Hindenburg Linsingen und Falkenhayn.

* Von den schon sehr zahlreichen Kriegserinnerungsbüchern erreicht, so schreibt der „Mannheimer Generalanzeiger", keines die Fülle bisher unbekannter Tatsachen und dramatischer Spannungen, die das eben erschienene Buch **„Der Weg zur Katastrophe"** des Wiener Schriftstellers Karl Friedrich **Nowak** enthält. Es gibt eine Darstellung der inneren Geschichte der österreichischen Kriegführung und ihrer Zusammenhänge mit der deutschen Kriegführung. Das Material dazu hat der Verfasser im österreichisch-ungarischen Hauptquartier sammeln können und in einem dem Werke vorgedruckten Briefe wird die Richtung seiner Mitteilungen von Marschall Conrad von Hötzendorff ausdrücklich bestätigt. Da die Mehrheit seiner Mitteilungen nur von dem Marschall Conrad selbst stammen können, hat man es eigentlich mit Memoiren und Enthüllungen von Conrad selbst zu tun. Da Conrad aber nicht selbst schreibt, sondern ein objektiver Schriftsteller, der sich persönlich keine Rücksichten aufzuerlegen brauchte, sind die Erinnerungen um so ergiebiger geworden. . .

Im folgenden soll versucht werden, aus der Fülle des Nowakschen Materials eine Reihe der interessantesten Mitteilungen kurz zu skizzieren. Der frühere Generalstabschef **Moltke** hatte dem Marschall Conrad versprochen, daß die Entscheidung im Westen am vierzigsten Mobilmachungstag siegreich erfolgen würde. Bis dahin unternahm es Conrad, die Russen in Galizien und Polen festzuhalten. Anfang September reisten österreichische Bevollmächtigte mit den Großkreuzen des Maria-Theresia-Ordens für Kaiser Wilhelm und Kaiser Franz Joseph ins deutsche Hauptquartier — aber dort trafen sie auf verstörte Gesichter. Die Schlacht an der Marne war verloren. Aber **niemals** erhielt Conrad eine offizielle Mitteilung über diese entscheidende Schlacht und die dadurch bedingte Änderung der deutschen Pläne. Inzwischen hatte Conrad im Osten die Offensive vorbereitet, die nach der geplanten „Entscheidung" im Westen beginnen sollte. Gedacht war im Anschluß an die deutsche Ostfront ein langsames Vorwärtsschieben der österreichisch-ungarischen Front in Galizien und Polen als fester Block.

Plötzlich bekam Conrad ein Telegramm Hindenburgs, „er habe den Vormarsch begonnen, um die Russen zu überrennen". Conrad staunte. Er wußte, daß die Russen um vierhundertsechzig Bataillone stärker waren, deshalb hatte er kein Überrennen in Aussicht genommen, sondern ein langsames Vorrücken. Es kam, wie er gefürchtet hatte: Hindenburg wurde geschlagen und mußte an Conrad telegraphieren, daß er den Rückzug habe antreten lassen. Jetzt entwarf Conrad einen neuen Plan — den Plan der späteren Schlacht von Gorlice, der auf Grund der russischen Kräfteverteilung unbedingt tötlich wirken mußte. Es war ein bis in die letzten Einzelheiten ausgearbeiteter Plan und Conrad fuhr nach Berlin, um von Falkenhayn die nötigen Truppen zur Unterstützung zu bekommen. Falkenhayn leuchtete der Plan ein, aber er behauptete, dafür **keine Truppen** zu haben. Einige Zeit später geschah etwas ganz Merkwürdiges. Von Falkenhayn lief ein umfangreiches Schriftstück im österreichischen Hauptquartier ein, das einen **Falkenhaynschen** Plan für einen Durchbruch von Gorlice enthielt. Mit keinem Wort war darin auf die früheren Besprechungen von Falkenhayn und Conrad Bezug genommen. Das Ganze gab sich als eine **ureigene Idee Falkenhayns.** Mit einem Wort: Conrad macht hier Falkenhayn den Vorwurf, daß er ihn um seine Idee bestohlen habe . . . um den Ruhm für sich allein in Anspruch zu nehmen. Aber Conrad ließ damals keine Verstimmung aufkommen. Im einzelnen schildert dann das Nowaksche Buch, wie Conrad andauernd mit Falkenhayn über die Fortführung der Offensive kämpfen mußte. Nur mit Schwierigkeiten kann er Falkenhayn für seine weiteren Ideen gewinnen, hat aber die Genugtuung, daß sich seine Voraussagen stets bewahrheiten. Conrad stellte sich über die Situation und nahm es schweigend hin, daß selbst in Österreich Falkenhayn und Mackensen als die Helden der Siege gefeiert wurden, die Conrad ersonnen hatte.

Im Februar 1917 meldet sich Falkenhayn bei Hötzendorf, um ihm mitzuteilen, daß das deutsche Hauptquartier von Pleß nach **Charleville** verlegt sei, da in wenigen Stunden der Angriff auf Verdun beginne. Von diesem großen Unternehmen hatte Conrad nicht die geringste Mitteilung erhalten. Er hatte es in seinen Plänen — es schwebte damals bereits die Vorbereitung der österreichischen Offensive gegen **Italien** — nicht berücksichtigen können. Aus dem Zusammenarbeiten der beiden Heeresleitungen war bereits ein Auseinanderarbeiten geworden. Mit kühler Höflichkeit sagte Conrad zu Falkenhayn: „Ich wünsche Ihnen für Ihr Unternehmen alles Gute.". Aber im Innern war er von dem mangelnden Wert des Unternehmens überzeugt und er behielt wieder recht. . . .

1916 im Hochsommer kam der Zusammenbruch der österreichischen vierten Armee unter dem Kommando des Erzherzog Joseph Ferdinand vor der Offensive Brussilows. Conrad macht dafür den General **von Linsingen** verantwortlich. Erzherzog Ferdinand sei nur Unterführer unter dem Ober-

Schlafwandler.

Aus dem Meer taucht eine winzige Insel, vom vorüberfahrenden Schiff aus wie eine zarte Luftspiegelung anzusehen — wie hingeträumt. Aber auf dieser winzigen, wie hingeträumten Insel leben Menschen, die ihr Dasein dem Element abtrotzen müssen, das in urhafter Unberechenbarkeit sie umgibt. Und unter diesen primitiven Existenzen, die nichts kennen als ihr animalisch-natürliches Erleben eines fast unwirklich kleinen Stückchens Welt, treibt sich, von irgendwoher zugewandert als Gäste mehr der Jahreszeit als der Insel, ein Menschenpaar umher, dessen nach innen gerichtete, sehnsüchtige Versonnenheit das Traumhafte der ganzen Situation mit eigenen Phantasien durchtränkt und steigert. Sie gehen umher wie im Schlaf, eine Kluft ist zwischen ihnen und den anderen, deren enge Schicksale hier auftauchen und versinken wie treibende Gegenstände im Wasser, und scheinen eines geheimnisvollen Zusammenhangs teilhaftig mit Wind und Wetter, die ihr geistiges, den Inselbewohnern beinahe geisterhaft vorkommendes Treiben nur noch mehr erregen. Sie grübeln über die letzten Fragen der Weltvernunft und plagen sich heißen Herzens damit ab, zu überlegen, wie das Leid wegzunehmen sei von der Menschheit. Laßt uns unsere Tränen verbergen, sagt einmal Hermann Bang; wir leiden und bereiten Leiden. Mehr wissen wir nicht. Das fremde Paar aber auf der Insel Sille will mehr wissen, will erweisen, daß das nicht wahr sein kann, und sucht in der Vorstellung von Gott, der menschlich unumgreifbaren Wesensbeschaffenheiten des Höchsten unerachtet, einen Weg, der aus dem grauenvollen Wirrsal führt, dem nächsten nicht helfen zu können. Sie träumen . . . und es entstehen Bilder, wo Freund bei Freund sitzt und erhabener Gedanke Leben gewinnt über der Gemeinschaft. Und diese Bilder führen wiederum zu neuen Fragen, und die Figuren bewegen sich umeinander nach den Gesetzen einer mystischen Anziehungskraft. Kunst und Volk — ein Gegensatz, der sich selbst auflösen will, und dem es nie zu gelingen scheint, obwohl doch der innere Antrieb immer da ist, mit dem Geschaffenen etwas Gemeinsames hervorzurufen. Auch hier neben seligem Aufschwung Bitterkeit und verzweifeltes Tasten nach der Pforte zur Erlösung. Der Traumspiegel aber wendet sich, und die Frage nimmt konkretere Gestalt an. Arbeit — wie ist es, endlich, zu erreichen, daß die Mühe der Vielen auch zum Segen der Vielen sich wandle! Ist denn nur Enttäuschung in der Wirklichkeit, sind hohe Ziele nicht aus der Dimension des Utopischen zu beschwören, hat Brüderlichkeit, umfassende Qual, verbannende Liebe keine Stätte hierselbst, wo sie doch in brennender Empfindung sich aufreckt — Luftspiegelung nur, Traum abseitiger, schlafwandelnder Wesen? „Mehr wissen wir nicht" — mehr nicht? . . . So flackern und erlöschen die Figuren und Geschehnisse dieses Buches, wie in der Nacht Wesen und Dinge im huschenden Lichtkreis des Leuchtturms aufflackern und zurücksinken, spurlos. Aber deutlich führt eine Linie von Arthur Wolitschers „Bruder Wurm" zu dieser „Schlafwandler" genannten Erzählung (S. Fischer, Verlag, Berlin), ein inniger Zusammenhang besteht zwischen beiden. Was dort nur Betrachtung war, hat hier sich in Gebilde differenzierter, dichterischer Darstellungskunst umgesetzt. Im einzelnen mit großer Sorgfalt gearbeitet, wie Tuschezeichnungen voll intimer Lyrik und phantastischer Proportionen, mit märchenhaften Wolkenkörpern oben und pittoresken Menschenfiguren unten, schieben sie sich übereinander, sinnliche Eindrücke, voll geistigen Lebens, wie die Motive expressionistischer Gemälde, denen es nicht auf das formhaft Begrenzte ankommt, sondern auf das Unbegrenzbare, das innerhalb der Form gegen das Begrenzende sich anstemmt. Reich an Gegensätzen, verläuft die Erzählung gleichwohl in einem einzigen musikalischen Rhythmus reifer Erkenntnis und endet in einer Sturmflutkatastrophe, die im Augenblick der Not alles Lebendigen, wie fern sie innerlich auch einander sein mögen, zu gemeinsamer Tätigkeit sammelt, um sie danach wieder zu entlassen, einen jeglichen in die eigene endlose Perspektive unlösbarer Daseinsrätsel, so daß am Ende, als wiederum das Schiff vorüberfährt, die Insel auftaucht, aus dem Meere, winzig, wie hingeträumt, eine Luftspiegelung, fragwürdig, wie alles, was die Menschen als wirklich zu bezeichnen gewohnt sind.

Willi Scheller.

Pädagogische Literatur.

Roloffs „Lexikon der Pädagogik", erschienen in der Herderschen Verlagshandlung, Freiburg i. Br., steht schon seit 1917 fertig vor uns. Dennoch ist eine nochmalige, wenn auch verspätete, durch den Krieg verursachte Erwähnung dieser bedeutenden lexikographischen Arbeit gerade heute, wo Schulfragen mehr denn je im Vordergrund des allgemeinen Interesses stehen, vielleicht nicht unerwünscht. Wir haben seiner Zeit an dieser Stelle gleich beim Erscheinen des I. Bandes mit großem Nachdruck auf die unverkennbaren Vorzüge von Roloffs Arbeit hingewiesen, vor allem auf die Objektivität der Darstellung, Einheitlichkeit der Anschauung, übersichtliche Stoffanordnung, Knappheit und Sachlichkeit im Ausdruck, reichhaltigen Nomenklatur und Handlichkeit des Werkes, und freuen uns heute, wo wir das ganze überblicken, konstatieren zu dürfen, daß wir damals nicht zu viel gesagt haben, daß vielmehr das Gesamtwerk gehalten, was der I. Band versprochen hat.

Besonders anzuerkennen ist, daß es dem Herausgeber trotz der großen Zahl der Mitarbeiter gelang, eine einheitliche Grundauffassung festzuhalten, so daß das Lexikon nicht ein nur äußeres Aneinanderreihen von so und so viel 100 Artikeln darstellt, sondern ein in sich geschlossenes Ganze, von einer großen Idee gedrungen, die in dem Endziel allen pädagogischen Strebens ihren Ausdruck findet, einem Emporziehen der Jugend — und damit des Volkes — zur höchsten Stufe sittlich reinen Lebens. Dieser ethische Grundzug ist ein Ausdruck deutschen Idealismus, der auch in Roloffs Lexikon immer wieder zum Durchbruch kommt.

Das Werk ist mit einer wissenschaftlichen Gründlichkeit durchgearbeitet, die höchste Achtung abnötigt. Man wird es kaum einmal vergebens in einer pädagogischen Frage um Rat fragen. Auch dann wird es uns immer noch Belehrung bieten, wo ältere Enzyklopädien ihre Akten schon abgeschlossen haben, z. B. Begabungsforschung, Experimentalpädagogik, um nur an einige neuere Bestrebungen zu erinnern. Der historische Teil ist sogar so umfassend und eingehend, daß er ohne Schaden fürs Ganze in manchen Teilen hätte kürzer

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

befehl Linsingens gewesen. Linsingen habe genau gewußt, daß die Kabarettstimmung im Heere des Erzherzogs einen feindlichen Angriff nicht ertragen könne — aber Linsingen habe ruhig zugesehen, wie die Ferdinandsche Armee verfiel, anstatt rechtzeitig auf Absetzung des Erzherzogs als Armeeführer zu dringen. Als es dann zur entscheidenden Schlacht kam, habe Linsingen als Führer versagt. Er habe viele Stunden gebraucht, um einen Entschluß zu fassen, der dann regelmäßig von den Ereignissen tragisch überholt worden sei. Erst als die Schlacht schon zugunsten der Russen entschieden war, telegraphierte Linsingen an Conrad um Absetzung des Erzherzogs Ferdinand. Conrad bewies, daß auch Linsingen und dessen Stabschef **mitschuldig** seien. Falkenhayn setzte zwar nicht Linsingen ab, aber doch dessen Stabschef, Generalleutnant von Stolzmann. Zur selben Zeit wurden von deutscher amtlicher Seite Gerüchte in die Welt gesetzt, daß die Siege Brussilows auf die unglückliche Offensive der Österreicher gegen Italien zurückzuführen seien, von der der deutsche Generalstab nichts gewußt habe. „General von Falkenhayn verwechselte wohl die Unaufrichtigkeit von Verdun mit der Aufrichtigkeit von Asiago."

Vieles ließe sich noch aus dem Buch zitieren, was ein Einblick gibt, wie oft Menschlichkeiten die Kurve des Kriegsgeschehens beeinflußten. Man wird auch nicht jedes Wort des Nowakschen Buches unterschreiben können, das aus Liebe zu seinem Helden, dem Marschall Conrad, vielleicht nicht immer ganz unparteiisch ist. An deutschen Gegendarstellungen wird es nicht fehlen. Aber als Dokument hat es heute schon seinen Wert. . . .

Die badische Obstversorgung.

* Man schreibt uns: Über die badische Obstversorgung und insbesondere über die Bewirtschaftung der diesjährigen Obsternte gehen neuerdings Darlegungen durch die Presse, die geeignet sind, die öffentliche Meinung irre zu führen. Zur Klarstellung sei folgendes mitgeteilt:

Auch in diesem Jahre haben die Verbraucher die öffentliche Bewirtschaftung des Obstes dringend verlangt, da im freien Aufkauf bei der großen Nachfrage namentlich aus nicht badischen Gegenden die Preise unerträgliche würden und der größte Teil des Obstes außer Land ginge. Schon jetzt kommt im Schleichhandel das Pfund Frühkirschen auf 3 M. zu stehen gegenüber einem Erzeugerpreis von 55 Pfg. und einem Verbraucherpreis von zirka 70 Pfg. Das Obst ist heute ein unentbehrliches Nahrungsmittel, namentlich für die minder bemittelte Bevölkerung. Bei der diesjährigen Bewirtschaftung wurden Frühsteinobst, Aprikosen, Pfirsiche und türkische Kirschen dazu Erdbeeren, Garten- und wildwachsende Beeren für den Verkehr in Baden freigegeben, um auch den wohlberechtigten Wünschen des freien Handels Rechnung zu tragen. Es handelt sich dabei um seltene Obstarten, die für die Ernährung der breiten Bevölkerung weniger in Betracht kommen. Dagegen sind diejenigen Obstarten, die für die tägliche Ernährung am meisten in Frage kommen wie Kirschen, Steinobst mit Ausnahme der vorgenannten Obstarten, Frühbirnen und Frühäpfel der öffentlichen Bewirtschaftung unterstellt.

Erfassung und Erwerb des Obstes geschieht durch die Aufkäufer. Als solche werden sachkundige, erfahrene und zuverlässige Aufkaufshändler aufgestellt und nach Möglichkeit durch Kriegsbeschädigte und Kriegsteilnehmer ergänzt. Als Preis wird den Erzeugern der von der Regierung festgesetzte Erzeugerpreis bezahlt. Die Unkosten der Erfassung und des Erwerbs werden mit der Erfassungsgebühr bestritten, welche von der Regierung im Benehmen mit Erzeugern und Verbrauchern festgesetzt ist. Aus dieser bestreitet die Geschäftsstelle die Aufkaufs- und Verladekosten, die Kosten für die Aufsichtsbeamten (Oberaufkäufer, wie Obstbauvereine und sonstige genossenschaftliche Organisationen), dann die beträchtlichen Amortisations-, Verwaltungs- und Bewegungskosten der Körbe, die gesamten Geschäftsunkosten und die Verzinsung der Betriebsmittel.

Der Verkauf des Obstes durch die kommunalen Organisationen und den Handel erfolgt ebenfalls durch gesetzlich bestimmte Zuschläge, die wie beim freien Handel zur Deckung der Verwaltungs- und Verteilungskosten dienen und den genannten Organen nur eine geringe Gewinnmöglichkeit belassen. Das Obst, welches durch die genannten Organe läuft, wird keineswegs überteuert, weder von der Geschäftsstelle der Obstversorgung noch von den Groß- und Kleinverkäufern. Überteuert wird dasjenige Obst, welches von der öffentlichen Bewirtschaftung nicht erfaßt, auf Schleichwegen in die Städte wandert und welches der Verbraucher von dem Erzeuger weit über den Höchstpreis hinaus abkauft. Diese Preise bilden sich aus Angebot und Nachfrage und würden bei freiem Handel noch übertroffen werden. Die Nachfrage ist eben bei dem Mangel an allen Lebensmitteln größer als das Angebot, daher auch die hohen Schleichhandelspreise.

Die Obsterfassung geschieht in diesem Jahre durch die Aufkäufer unter Aufsicht der Bezirksobstbauvereine und anderer landwirtschaftlicher Organisationen. Eine Zentralstelle für die Obsterfassung und Verteilung wie die Geschäftsstelle der Badischen Obstversorgung muß bestehen. Sie hat eine äußerst schwierige Organisationsarbeit zu leisten und ein großes finanzielles Risiko zu tragen. In ihrer Geschäftstätigkeit wird sie von der Regierung überwacht. Ihre Abrechnungen werden daselbst zur Prüfung vorgelegt, Betrieb und Buchhaltung sind unter Benützung der gemachten Erfahrungen nach streng kaufmännischen Grundsätzen eingerichtet worden.

Der allgemeine Mangel an Lebensmitteln, nicht die bestehende Organisation der Obstversorgung ist schuld an der so oft gerügten Obstknappheit. Als vermittelndes Glied zwischen Erzeuger und Verbraucher ist es unter schwierigen Umständen ihre vornehmliche Aufgabe auch den Teil der Bevölkerung zu erträglichen Preisen mit Obst zu beliefern, der nicht im Stande wäre, die hohen Preise des freien Handels zu bezahlen.

Es wäre zu wünschen, daß die Organisation der Obstversorgung zur Durchführung dieser Aufgabe von dem einsichtigen Teil der Bevölkerung mehr als bisher unterstützt würde.

Politische Neuigkeiten.

Die Antwort der Alliierten.

* Die Ag. Havas teilt mit: Die vier Regierungsführer beschäftigen sich mit der **Beendigung der Antwort der Alliierten** auf die **deutschen Friedensvorschläge.** Sie grüften zuerst besonders die Kapitel bezüglich der Wiedergutmachung und wiesen die deutschen Einwände zurück. Bezüglich der wirtschaftlichen Einwände wurde eine Revisionskommission von vier Mitgliedern, ein Mitglied für jede Großmacht und für die Revision des Textes bestimmt. Tardieu wird Frankreich vertreten.

Der ziemlich lange Text, der ungefähr 50 Seiten umfaßt, wird am **Samstag oder spätestens Montag der deutschen Delegation übergeben.** Es ist möglich, daß der deutsche Text in extenso veröffentlicht wird. Es sind nur noch einige kleine Einzelfragen zu erledigen, namentlich die Frage der Frist, die den Deutschen gegeben werden soll zur Unterzeichnung des Vertrages.

„Homme Libre" schreibt: Die Alliierten haben in ihrem Trachten nach Unparteilichkeit und Gerechtigkeit den Friedensentwurf vom 7. Mai derart abgeändert, daß er sich soweit als es möglich war, den deutschen Gegenvorschlägen nähert. Aber die Alliierten haben in ihren fundamentalen Grundsätzen nicht nachgegeben. Der Betrag der Wiedergutmachung, den Deutschland zahlen muß, wird viel früher als am 1. Mai 1921 festgesetzt sein. Deutschland erhält die Zusicherung, daß der interalliierte Ausschuß sich keinesfalls in die inneren Angelegenheiten Deutschlands mischt.

Deutschland wird schrittweise in dem Maße, als es seinen Verpflichtungen nachkommt, zum Völkerbund zugelassen werden. Deutschland wird **Volksabstimmung** in den Gebieten bewilligt werden, welche zuvor **Polen** zuerkannt waren. **Außerdem** werden ihm **Zugeständnisse** über die **Gebiete** gemacht werden, welche von den **Alliierten besetzt werden sollen.** Eine **Berufung** gegen dieses Urteil wird es **nicht** geben. Wenn die Deutschen nach der **einwöchigen Frist,** welche ihnen zur Unterzeichnung der letzten ihnen gebotenen Bedingungen gestellt wird, sich weigern, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, dann wird das Wort den Ententesoldaten, Foch und der englischen Marine erteilt werden.

Der Anschluss Oesterreichs an Deutschland.

* Di erömische Tribuna" schreibt, der „B. Pr." zufolge, daß **Italien** einem Beschluß Deutsch-Österreichs nach **Anschließung** an Deutschland sich **nicht widersetzen** werde. Auch **England** erhebe **keine Einwendungen mehr.**

Vom sozialdemokratischen Parteitag.

* Der Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat heute ein **Vertrauensvotum für den Parteivorstand** und für die **sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung** angenommen. Darin heißt es:

„Der Parteitag verkennt nicht, daß unter der Regierung manches geschehen ist, was berechtigten Unmut erregt hat und daß manches unterblieben ist, was auszuführen dringend nötig gewesen wäre, aber diese Fehlgriffe und Unterlassungen sind nicht entsprungen dem Mangel an Einsicht, an Tatkraft oder gutem Willen, sondern sie waren die Folge schwieriger Verhältnisse, die bisher zu beheben nicht gelungen ist. Der Parteitag spricht deshalb trotz der zu tadelnden Vorkommnisse seinen in der Regierung sitzenden Genossen volles Vertrauen aus. Er erkennt das hohe Maß von **Selbstverleugnung** an, das sie bewiesen haben durch Übernahme der Regierung in der Zeit höchster Bedrängnis und lähmendster Zerrissenheit des Reiches nach innen und außen. Er dankt ihnen auch für die Hingabe, mit der sie ausgeharrt haben, obwohl sie selbst durch den **Erfolg** ihrer Arbeit nicht befriedigt sein konnten.

„Der Parteitag sichert der Regierung die **vollste Unterstützung** zu bei Durchführung aller Maßnahmen, die zur Verwirklichung unserer Parteiziele und damit zum Wohle des gesamten Volkes ergriffen werden. Die gewaltige Mehrheit des deutschen Volkes wird hinter der Regierung stehen, wenn sie ohne Zaudern und Schwanken die Verwaltung aller Zweige **allenthalben demokratisiert,** das Verhältnis von **Schule und Kirche zum Staate** im Sinne unseres Programmes ordnet, **im Militärwesen** die erforderlichen Reformen durchführt und im Wirtschaftsleben die grundlegenden Änderungen trifft, die den Forderungen und Möglichkeiten der Zeit entsprechen."

Ferner wurde gegen wenige Stimmen eine Entschließung angenommen, die die **Einigung der beiden sozialistischen Parteien** betrifft.

Eine monarchistische Kundgebung in Graudenz.

* Unter der Überschrift „Monarchistische Ausschreitungen der Emil Barth-Garde" meldet der „Vorwärts" von Graudenz: Am 7. d. M. vormittags zog durch Graudenz eine **Truppe in kriegsmäßiger Ausrüstung.** An seiner Spitze befand sich ein **Automobil mit Offizieren.** Dieses Automobil machte auf dem Marktplatz am **Denkmal Kaiser Wilhelms** I. Halt. Zwei Gruppen Garde-Schützen traten mit vorbereiteten **Guirlanden** an das Denkmal heran und bekränzten es. Die Militärkapelle spielte das Gardelied („Das ist die Garde, die unser Kaiser liebt") und marschierte dann im Parademarsch vorbei. Vom **Graudenzer Arbeiterrat** wurden sofort sehr energische Vorstellungen beim **Gouvernementschef** des Stabes erhoben. Dieser sprach sein **Bedauern** über den Vorfall aus, erklärte jedoch, er könne in der Angelegenheit nichts unternehmen, da diese Truppen ihm nicht unterstellt seien. Daraufhin hat der Arbeiterrat eine direkte Beschwerde an den Reichswehrminister Noske gerichtet. In der Graudenzer werktätigen Bevölkerung hat der Vorgang begreiflicherweise große Aufregung verursacht, zumal von vielen Soldaten und Offizieren kleine Fähnchen mitgeführt worden sind, sogar Kaiserstandarten und Kaiserbilder.

Die Unruhen in Italien.

* Die **allgemeine Unzufriedenheit in Italien,** der zumeist **Lebensmittelknappheit** zugrunde liegt, hat zu weiteren Störungen geführt. In Genua ruht das gesamte öffentliche Leben. Es kam zu **Zusammenstößen,** wobei es **Tote und Verwundete gab.** Besonders starke Unruhen werden aus **Spezia und aus allen ligurischen Industriestädten** gemeldet, die sich in **Sympathiekundgebungen für die Sowjets** äußerten. Der Streik der **Lehrerschaft hat sich über ganz Italien** ausgebreitet. Die Verhandlungen der Regierung mit dem **Post- und Telegraphenpersonal** wurden abgebrochen. Beim **Justizministerium** haben **alle Beamten ihre Demission eingereicht.** Die Unruhen in **La Valetta** (Malta) sollen sich stark **gegen die Herrschaft der Engländer** richten. Es wurden Umzüge veranstaltet, bei denen Rufe laut wurden: „Nieder mit der englischen Herrschaft!" Es wurden Lebensmittelgeschäfte geplündert und viele Verhaftungen vorgenommen.

Ein neuer amerikanischer Präsidentschaftskandidat.

* Aus Washington wird lt. T.U. gemeldet, daß Senator Borah und Senator Kenyon mitgeteilt haben, daß Senator **Johnson** von Kalifornien, der der fortschrittlichen republikanischen Gruppe angehört, als **Kandidat für die Präsidentschaftswahlen im Jahre 1920** aufgestellt wurde. Sein **Programm** sei folgendes: **Kein dauerndes Bündnis mit Europa** und **keine amerikanische Einmischung in europäische Angelegenheiten, sofortige Zurückziehung der amerikanischen Truppen in Europa,** insbesondere aus Rußland, vollständige Wiederherstellung der Rede- und Pressefreiheit, Recht zur Abhaltung jedweder Versammlungen und ein Arbeitsprogramm, beruhend auf dem Zusammenwirken der großen Interessen der Arbeiterschaft und der Industrie.

Staatsanzeiger.

Das Staatsministerium hat unterm 6. Juni d. J. den Amtsgerichtsdirektor Franz **Engelberth** in Heidelberg seinem Antrag entsprechend auf 1. Oktober d. J. in den Ruhestand versetzt.

den Oberamtsrichter Dr. Udo Freiherrn **von la Roche-Starkenfels** in Heidelberg auf denselben Zeitpunkt zum Amtsgerichtsdirektor daselbst ernannt und

den Oberamtsrichter Dr. Friedrich **Koch** in Mannheim in gleicher Eigenschaft nach Heidelberg versetzt.

---

sein können. In den Grenzgebieten sind mit peinlicher Gewissenhaftigkeit all die Hilfswissenschaften herangezogen, die mit der Pädagogik irgendwelche Berührungspunkte haben.

Von größter Wichtigkeit ist natürlich, daß ein so reichhaltiges Wissen nicht im Dunkel verborgen bleibt, sondern dem Benutzer seine ganze Vielseitigkeit offenbart. Der Herausgeber hat dies durch ein Verweisungssystem mit so zahlreichen Stichwörtern erreicht, daß sein Licht aus Tausenden von Fenstern auf den Leser strahlt.

So haben sich in diesem unter den schwierigsten Verhältnissen entstandenen Werke hohe geistige Kräfte und praktische Fähigkeiten vereint, um ein Kulturdokument deutschen Fleißes, Wissens und Könnens zu schaffen, dem auch das Ausland — 13 Besprechungen in fremden Sprachen liegen vor — seine Anerkennung nicht versagen konnte, was immerhin ein schwacher Trost ist in einer Zeit, wo Deutschland im Ausland alle Sympathie verloren zu haben scheint.

Wer sich rasch über die Frage der Einheitsschule orientieren will, sei auf Oskar Kühnhagens Schrift „Die Einheitsschule im In- und Auslande" (Verlag Friedrich Andreas Perthes A.-G., Gotha 1919) verwiesen. In einem I. Teil kommen Freunde und Gegner der Einheitsschule ausgiebig zu Wort, nicht nur einzelne Pädagogen und Staatsmänner, sondern auch Verbände, Gesellschaften, Parteien und Parlamente. Auch die Einheitsschule im Ausland (Amerika, Schweiz, Frankreich, Schweden, Dänemark, Norwegen) wird zum Vergleich herangezogen. So wird jeder in Stand gesetzt, sich ohne viel Mühe seine Meinung selbständig zu bilden, da ihm das Wesentliche der sehr umfangreichen Literatur im Extrakt dargeboten wird.

Der II. Teil handelt vom Aufbau unseres Schulwesens, wobei die Neugestaltung des Anfangsunterrichts, die Unter-, Mittel- und Oberstufe nacheinander und nach allen Seiten beleuchtet werden. Der Grundgedanke dieses II., aufbauenden Teiles ist der, daß die deutsche Schule vom Geiste der Einheit durchdrungen werden müsse; alle Schulgattungen müssen im wesentlichen übereinstimmen: die deutsche Kultur muß statt der fremden Sprachen die Grundlage werden, auf der das Gebäude der Zukunft, die Einheitsschule, zu errichten ist.

Kühnhagens Schrift ist, wie gesagt, in der Hauptsache ein orientierendes Buch, dessen Sätze mosaikartig aus einem reichen Quellenmaterial zusammengetragen sind, das aber als Nachschlagewerk gute Dienste leistet und uns auf diese Weise mitten in den Strudel der sich befehdenden Meinungen stellt, wobei allerdings die der Einheitsschule günstigen überwiegen.

Das Thema Einheitsschule hat in den letzten Monaten einen wilden Federkrieg entfesselt. Die Leidenschaftlichkeit mit der auf beide Seiten der Kampf geführt wurde, hat gelegentlich zu ungeheuerlichen Entstellungen und Übertreibungen geführt. Auch manch Oberflächliches und Unreifes ist dabei, besonders in Zeitungen, unterlaufen. Nach derartigen, mehr oder weniger gereizten Ergüssen, wirkt die Lektüre einer ruhigen, sachlichen, objektiven Stellungnahme zu der ernsten Frage besonders wohltuend.

Ich denke an eine Schrift des bekannten badischen Schulmannes, Staatsrat Dr. E. von Sallwürk, „Die deutsche Einheitsschule und ihre pädagogische Bedeutung", die in 2. Auflage als Heft 667 in Friedrich Manns Pädagogischem Magazin in diesem Jahr erschienen ist. Man freut sich doppelt der Klarheit, mit der das pädagogisch Wertvolle des Gedankens herausgehoben ist, wenn man bedenkt, was alles man schon unter dem Begriff „Einheitsschule" verstanden hat. Vergleiche dazu R. Stölzle in Heft 700 des Pädagogischen Magazins, Echt Deutsch! E. von Sallwürk schiebt alle irrtümlichen Auffassungen bei Seite mit dem einen Wort: „Schuleinheit". Während das nicht ganz glücklich gewählte Wort „Einheitsschule" leicht den Gedanken an eine einzelne Schulanstalt heraufbeschwört, sagt uns das Wort Schuleinheit klar und deutlich, daß es sich bei der ganzen Frage um eine Schulorganisation, also um ein Schulganzes handelt. Eine nachträgliche Umbezeichnung liegt aber durchaus nicht in der Absicht des Verfassers. Nachdem der Begriff geklärt ist, bleibt er bei dem Wort „Einheitsschule".

Sein Wunsch ist, eine Einheitsschule in reiner Form ins Leben gerufen zu sehen, in der das Bildungswesen von den Hemmungen veralteter Methoden befreit ist. Von diesem Gesichtspunkte aus wird auch Reins Schulsystem kritisch beleuchtet, dessen pädagogische Grundsätze für durchaus richtig und stichhaltig erkannt werden. Nur im einzelnen hält er Verschiebungen und Abänderungen methodischer Art für erforderlich.

Der praktisch-organisatorische Teil der Schrift ist nicht nur der interessanteste, sondern auch der wertvollste. Die fürchterliche synthetische Methode des altsprachlichen Unterrichts wird nicht nur in ihrer ganzen Erbärmlichkeit an den Pranger gestellt, sondern es wird auch an einem praktischen Beispiel, am Latein, gezeigt, wie man auf analytischem Wege rascher und natürlicher zum Ziel gelangen kann. Was hier an positiv Neuem gebracht wird, ist alles pädagogisch gründlich durchdacht. So sind diese Erörterungen, was sie sein wollen: ein Wegweiser, „dem inneren Leben der Einheitsschule die Richtung und die festen Formen zu geben, durch die es der deutschen Jugend möglich werden wird, in ihrer Schule geistig und sittlich zu erstarken und zu den höchsten nationalen und menschlichen Zielen frei und glücklich aufzusteigen".

Hugo Roller, Professor.

Büchertisch.

Eine neue Gottfried Keller-Ausgabe. Volle hundert Jahre sind demnächst, am 19. Juli, vergangen, seit **Gottfried Keller** das Licht der Welt erblickte. Das ununterbrochene Ansteigen seines Ruhms gibt die Gewähr, daß sein Werk uns für alle Zeiten als ein köstlicher Besitz lebendig bleiben wird. Trotz der schwierigen Zeitverhältnisse wird Anfang Juli d. J. eine wohlfeile, gut ausgestattete **Jubiläums-Ausgabe** der Gesammelten Werke Gottfried Kellers im Cottaschen Verlage erscheinen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg